

Erscheint täglich außer Sonntags.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Spätausgabe des „Vorwärts“

Angelgenpreis: Die einseitige Nonpareillezeile
80 Pf., Reklamezeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postcheckkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37 536. — Der Verlag behält sich das
Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor!

Hitler gegen Hindenburg

Eine Kriegserklärung der Hafenkreuz-Reichstagsfraktion

Nach dem Mißerfolg des Preußen-Volksbegehrens will die Hitler-Partei einen Feldzug gegen Hindenburg eröffnen. Eine Tagung der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion in München hat eine entsprechende Erklärung erlassen.

Aus zuverlässiger Quelle wird weiter berichtet, daß der Münchener Parteipapst der NSDAP, Hitler, die Absicht habe, Goebbels seiner Ämter zu entheben und an seine Stelle den Reichstagsabgeordneten Sintel zu setzen, der nach dem Stennes-Putsch als Vertrauensmann Hitlers Verlagsdirektor des „Angriff“ geworden sei. Es wird weiter behauptet, daß Hitler seinen Freund Gregor Straker zum Leiter aller preussischen Gaue der Nationalsozialisten ernennen werde.

Diese Ernennung werde damit begründet, daß zur Vorbereitung von Neuwahlen im kommenden Jahr Preußen unter eine energische und einheitliche Führung gestellt werden müsse.

Das Bürgertum als Vorstufe des Bolschewismus.

In der Hitler-Partei geht es drunter und drüber. Seit dem Auszug aus dem Reichstag ist die Hafenkreuzpartei organisatorisch und ideologisch völlig in Verwirrung geraten. Revolutionär oder legal — niemand weiß genau, was nun gilt. Ueber die wirtschaftspolitische Zielsetzung darf auf Befehl von Hitler überhaupt nicht mehr geredet werden — das heißt, daß diese sich „sozialistisch“ nennende Partei den wichtigsten Programmpunkt einfach suspendiert hat. Dazu kommt der Kampf der Halbgötter untereinander und gegen Hitler, der Kraach um die Verwendung der Kasse, die allerorten aufflammende Rebellion der Militärorganisation, der un-aushaltbare Rückgang der Presse.

Hitler hat nun versucht, auf einer Führertagung die Reihen wieder zu rangieren, aber aus dieser Führertagung gewinnt man erst recht den Eindruck der Verwirrung. Hitler hat die Tagung mit einer Ansprache eröffnet, aus der der Schmerz über den hinauswurf Friedls in Thüringen hervorsticht. Er rebantherte sich mit dem folgenden Satz beim Bürgertum:

„Wenn Bismarck früher gesagt habe, der Liberalismus sei die Vorstufe der Sozialdemokratie, so könne man heute feststellen, im heutigen politischen Bürgertum liege bereits der Bolschewismus beschlossen.“

Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat nach diesem Referat eine Erklärung beschlossen, in der sie sich als „Freiwill der Gerichte des Systems“ bezeichnet. Der Schluß der Erklärung richtet sich mit voller Schärfe gegen Hindenburg:

„Sie ermahnt den Herrn Reichspräsidenten im Namen von Millionen unterdrückten und terrorisierten Deutschen, entsprechend seiner Pflicht die Grundrechte der Verfassung gegen die Gesetzesbrüche der parlamentarischen Mehrheitskoalition zu verteidigen, oder aber, wenn er das nicht kann oder will, zurückzutreten und den Schutz seiner ehemaligen Wähler einem neu zu bestimmenden nationalen Reichspräsidenten zu überlassen.“

Damit ist der Krieg der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion gegen den Reichspräsidenten offen erklärt. Sie gibt zu verstehen, daß er nicht mehr ein „nationaler Reichspräsident“ sei, und will an seiner Stelle einen anderen „bestimmen“, nicht wählen! Glücklicherweise ist es noch nicht so weit, daß Hitler einfach den deutschen Reichspräsidenten bestimmt!

Niedergang der Hafenkreuzpresse.

Im Zusammenhang mit der Fraktionsstagnation fand ferner eine Konferenz der Verleger und politischen Redakteure der Hafenkreuzpresse statt, die sich mit dem Niedergang der Hafenkreuzzeitungen befahte.

Von allen Verlagsvertretern wurde ein Rückgang der Nazi-Presse gemeldet. Angefangen vom „Völkischen Beobachter“, als dem Leiborgan Hitlers, bis zu dem kleinsten Nazi-Blättchen haben

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Sacharinfabrik explodiert

Schwere Katastrophe in Magdeburg — Bisher acht Tote

Magdeburg, 28. April.

Aus bisher noch unbekannter Ursache entstand am Dienstagnachmittag in der Sacharinfabrik Fahlberg, Dist u. Co. in Südost eine schwere Explosion. Sämtliche Böschänge der Magdeburger Feuerwehr wurden sofort alarmiert, desgleichen je ein Kommando der Reichswehr und der Schutzpolizei. Bei der schweren Explosion sind bis jetzt acht Tote und vier Schwerverletzte zu beklagen, darunter zwei Männer. Näheres kann zur Zeit noch nicht mitgeteilt werden. Die Brandstätte ist von Polizei und Reichswehr abgesperrt.

Lastauto gegen Güterzug.

34 Waggons schwer beschädigt — Die Fahrer gerettet.

Ein eigenartiger Unglücksfall, bei dem wie durch ein Wunder Menschenleben nicht zu beklagen sind, ereignete sich am Dienstag an einem Bahnübergang in der Nähe von Strausberg.

Gegen 16 Uhr fuhr ein mit Kies beladenes Lastauto gegen die geschlossene Bahnbrücke und prallte mit großer Wucht gegen einen gerade vorüberfahrenden Güterzug. Dem Chauffeur und seinem Mitfahrer war es im letzten Augenblick gelungen, sich durch Abspringen zu retten. Das Lastauto hatte sich mit dem vorderen Teil völlig in das Erdreich des Bahnammes eingeklinkt. 34 Waggons wurden schwer beschädigt, bei einigen wurden die Seitenwände auf-

gerissen. Das Gleis Berlin—Strausberg war von 16.10 Uhr bis 17.25 Uhr gesperrt. Nach den erfolgten Aufräumungsarbeiten konnte der Verkehr wieder aufgenommen werden. Der Führer des Unglücksautos behauptet, die Bremse habe versagt.

U-Bahnunglück in Paris

Zweiundachtzig Verletzte.

Paris, 28. April. (Eigenbericht.)

Auf der Pariser Untergrundbahn fuhr am Montagabend in der Nähe der Station Bastille ein Zug mit großer Geschwindigkeit auf den vorhergehenden Zug auf, der nach kurzem Aufenthalt vor einem geschlossenen Signal sich gerade wieder in Bewegung gesetzt hatte. Zwei Fahrgäste wurden schwer, etwa 80 leicht verletzt. Der ausgefahrene Zug wurde stark beschädigt, so daß der Verkehr auf einem Teilschnitt der Strecke längere Zeit unterbrochen werden mußte.

Skandal um Arbeiterrenten.

Die Rache an den Helfern der Betrogenen.

Weimar, 28. April. (Eigenbericht.)

Die Affäre der ostthüringischen Land- und Forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft, über die wir ausführlich berichteten, hat mit der teilweisen Verurteilung der beiden Angestellten Walter Schröder und Johannes Harder ihr vorläufiges Ende gefunden. Beide waren beschuldigt, als Angestellte durch Veröffentlichung von Geschäftsgeheimnissen der Genossenschaft sich und anderen Vermögensvorteile verschafft und Aktien entwendet zu haben. Sie wurden wegen Diebstahls (Aktienentwendung § 242 StGB.) jeder zu einer Woche Gefängnis mit Strafausschub bis 1. April 1934 verurteilt. Das Weimarer Amtsgericht hat dabei die Werttheorie des Reichsgerichts — es handelt sich um zum Teil wertlose oder beschädigte Konzepte und Aktien — nicht berücksichtigt.

Von der Anklage der Vergehen gegen die §§ 141, 142 und 143 der Reichsversicherungsordnung wurden die Beschuldigten freigesprochen. In der Urteilsbegründung heißt es unter anderem: Ein Vertrauensbruch oder die strafbare Absicht, sich oder anderen einen Vermögensvorteil zu verschaffen, kommt nicht in Frage. Die Angeklagten haben dienstliche Vorgänge nur offenbart, um Versicherungsträger zu schützen, also gegen die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung nicht verstoßen.

Gegen das Urteil wird Berufung eingelegt. Man darf gespannt sein, ob die skandalösen Vorgänge in der Genossenschaft, die die breiteste Öffentlichkeit erregten, nunmehr auch ihre gerichtliche Sühne finden.

Der Wert der Bewag.

Die Stadt hält an ihrem Standpunkt fest.

Am Montagnachmittag haben bei Oberbürgermeister Dr. Sahm erneute Besprechungen über die Bewag-Transaktion mit den Verhandlungsbeauftragten des Bankentoriums, unter Führung des Staatsanwalts Geheimrat Dr. Köbner von der Preussischen Staatsbank stattgefunden. Vom Oberbürgermeister und den übrigen Vertretern des Magistrats wurde in eingehender Weise noch einmal die städtische Auffassung über diese Transaktion dargelegt und hierbei besonders auf die von dem Stadtorde-nungsausschuss eingenommene ablehnende Haltung hingewiesen. Die Verhandlungen wurden vertagt, um dem Konfession Gelegenheit zu geben, mit den Konfession die bei den Besprechungen aufgetauchten neuen Gesichtspunkte, die eine Verbesserung der bisher der Stadt unterbreiteten Vorschläge beabsichtigen, durchzusprechen. Eine neue Besprechung ist für Mittwoch nachmittag in Aussicht genommen.

Der große Revolutionär



Goebbels: „Bitte, bitte, hochverehrter Herr Wachtmeister, ich will jetzt immer recht artig sein!“

Verwirrung bei Hitler.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

alle nationalsozialistischen Zeitungen seit der Septemberwahl bis zu 50 Proz. ihrer damaligen Abonnenten und mehr verloren.

In der Konferenz der Nazipressevertreter überlegte man angesichts des Niederganges der nationalsozialistischen Zeitungsprodukte vor allem, wie dem Abstieg Einhalt zu gebieten ist und wenigstens die gegenwärtigen Auflageziffern gehalten werden können. Die Gesamtauflage der Nazipresse reicht nicht an 500 000 heran.

Ein wesentlicher Teil der Verhandlungen war dem Vorschlag auf Einrichtung eines Pressebüros nach dem Vorbild der Pressezentrale der Sozialdemokratischen Partei gewidmet. Grundlegend bestand Übereinstimmung darüber, daß eine derartige Einrichtung mit allen Mitteln erstrebt werden soll. Ueber die Frage, wie man ein derartiges Büro schließlich finanzieren will, wurde jedoch keine endgültige Klarheit geschaffen.

Der allgemeine Eindruck war der, daß die Tagung trotz aller guten Vorschläge und Ratsschläge von den verschiedensten Seiten wie das Hornberger Schießen ausgegangen ist.

Der Fall Goebbels.

Schließlich wurde die Stennes-Affäre und damit der Fall Goebbels besprochen. Man sieht in München mit Besorgnis, wie die Rebellion langsam aber stetig weitergreift. Man mißtraut den übertriebenen Loyalitätserklärungen von Goebbels und hat ihn deshalb Strafer unterstellt. Stennes hat in einer der letzten Nummern seines Blattes das Doppelspiel von Goebbels enthüllt, und seine geheimen Pläne eines „Marsches auf München“ aufgedeckt. Stennes schrieb:

„Am 3. März 1931, also neunundzwanzig Tage vor dem ereignisreichen 1. April, hatte der Berliner Gauleiter Dr. Goebbels den Oberführer des Gausturms Berlin, seinen Adjutanten und sämtliche fünf Standartenführer zu einem kameradschaftlichen Abend in seine neue Wohnung geladen. Außerdem waren noch weitere vier Parteigenossen anwesend. Die Unterhaltung drehte sich selbstverständlich fast ausschließlich um politische Dinge im allgemeinen und um die Politik der Partei im besonderen. Es stellte sich die Deutlichkeit heraus, daß die Ansichten des Dr. Goebbels mit denen der SA-Führer vollkommen übereinstimmen. Goebbels war insbesondere der Meinung, daß eine Befreiung Deutschlands niemals mehr von Süden, von München aus, sondern immer nur von Norden her, von Berlin aus, erfolgen könne. Er gab jedoch zu verstehen, daß die SA, trotz aller von München veranlaßten Schwereigkeiten noch ausharren und warten müßte, weil er — der Gauleiter Berlins — genügend Fingerspitzengefühl besitze, um den richtigen Moment zu erfassen, an dem man mit aller Wucht aufstehen könnte.“

Dr. Goebbels erinnerte die Anwesenden an den Auszug der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion aus dem Parlament, der ganz impulsiv und ohne jemanden danach zu fragen von ihm allein veranlaßt worden sei.

Er bestätigte den SA-Führern ferner, daß die Anordnungen des Parteichefs vom September 1930 von einem Teil der Reichsleitung — nämlich von der Reichs-SS-Führung und ihren Unterführungen — nicht befolgt worden sei, und erklärte mit aller Schärfe, daß die SS-Führung im Gegenteil in einer Weise weiterhebe und zerlege, die mehr denn je Verbrechen an der Bewegung sei.

Von dieser seiner Stellungnahme ermächtigte er die anwesenden SA-Führer jeden Gebrauch zu machen, den sie für erforderlich hielten.“

Das hat Hitler in Kaferei verfehlt. Er fühlt sich in seinen politischen Plänen durch die Art der Goebbelschen Kadavergiftung gefährdet, und will ihn allmählich ausschalten. So geht alles drunter und drüber.

Goebbels verhaftet.

Im Berliner Polizeipräsidium bis zur Zwangsverhaftung

„Hr.“ Dr. Goebbels, der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete, ist gestern in München, wie bereits in der Morgenausgabe kurz mitgeteilt, in dem Hotel „Rosenpark“ festgenommen worden. Die Festnahme erfolgte auf Ersuchen der Berliner Staatsanwaltschaft, da Goebbels es vorgezogen hatte, am vergangenen Montag vor dem Schöffengericht in Charlottenburg, wo gegen ihn in acht Fällen wegen Beleidigung verhandelt werden sollte, nicht zu erscheinen. Die Folge war ein Verhaftungsbefehl. Von Beamten der Politischen Polizei eskortiert, trat Goebbels heute gegen 10 Uhr auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein, von wo die sofortige Ueberführung in das Berliner Polizeipräsidium erfolgte.

Gegen Goebbels schwebten seit längerer Zeit zahlreiche Strafverfahren beim Amtsgericht Charlottenburg, die auf Beschluß des Gerichts zusammengelegt worden waren. Dr. Goebbels war aber wiederholt nicht vor Gericht erschienen und stützte sich dabei auf seine Abgeordnetenimmunität. Das Gericht hatte aber durch die Staatsanwaltschaft beim Reichstag die Genehmigung zu seiner Zwangsvorführung erwirkt. Gestern sollten bereits die neun Prozesse gegen Dr. Goebbels zur Verhandlung gelangen. Die Zwangsvorführung ließ sich aber nicht durchführen, da der Gesuchte von den Polizeibeamten in seiner Wohnung nicht angetroffen wurde. Am Mittwoch früh steht vor der 2. Großen Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Siegert ein weiterer Prozeß gegen Dr. Goebbels in der Berufungsinstanz wegen Beleidigung des verstorbenen Reichsanwalt Hermann Müller an. Der Strafantrag ist von der Reichsregierung gestellt.

Bereits heute Verhandlung.

In einer Konferenz, die heute mittag in Moabit stattfand, an der der 1. Staatsanwalt Steenig und der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Dr. Rombe teilnahmen, wurde beschlossen, die Verhandlung schon heute gegen Dr. Goebbels vorzunehmen. Kurz vor 14 Uhr, dem festgesetzten Beginn der Verhandlung im Zimmer 664 (Schwurgerichtsfoal) des Landgerichts III wurde Dr. Goebbels vom Polizeipräsidium nach Moabit gebracht.

Lohmanns Erkrankung.

Im Zustand des schwer erkrankten Pressechefs der Stadt Berlin, Genossen Dr. Richard Lohmann, ist eine leichte Wendung zum Besseren eingetreten. Die Nacht hat der Kranke, der eine äußerst schwierige Blinddarmoperation durchmachen mußte, verhältnismäßig gut verbracht. Die Temperatur ist gegen Morgen allerdings von 37,2 auf 37,8 gestiegen, dazu hat sich ein Bronchialkatarrh eingestellt. Die Ärzte bezeichnen den Krankheitsverlauf als nicht ungünstig. Immerhin wird die Krise noch vier bis fünf Tage anhalten.

Wendung zur Vernunft?

Die schwere Niederlage der Rechten in Lippe

Detmold, 27. April. (Eigenbericht.)

Der Volksentscheid in Lippe, der mit dem Ziel der Landtagsauflösung von den Nationalsozialisten eingeleitet war, und mit einer schweren Niederlage der gesamten Rechtsparteien endete, ist trotz der Kleinheit des Landes auch im übrigen Reich als politischer Stimmungsmessstab von Bedeutung.

Der Stimmenrückgang der Rechtsparteien seit den Reichstagswahlen am 14. September 1930 ist so auffallend, daß er als Zeichen für den Beginn eines politischen Wandels gewertet werden kann.

Am Volksentscheid beteiligten sich folgende Parteien: Nationalsozialisten, Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Landvolk, Wirtschaftspartei, Volksschonervative und Evangelischer Volksdienst. Diese sieben Parteien erzielten in Lippe folgende Stimmzahl:

Reichstagswahl 14. September 1930	46 500
Volktsbegehren 12. März 1931	38 134
Volksentscheid 26. April 1931	34 000

Der Volksentscheid richtete sich gegen die Linksmehrheit des lippschen Landtags, die aus 11 Stimmen, davon 9 Sozialdemokraten, besteht, und gegen das unter sozialdemokratischer Führung stehende lippsche Landespräsidium, dessen geschäftsführender Vorsitzender Genosse Drake ist.

Mit einer Flut von Unwahrheiten führten die Rechtsparteien den Kampf gegen das „marxistische System Drake“. Brutalster Terror spielte im Kampf um diesen Volksentscheid eine erhebliche Rolle, vor allem in den Arbeiterdörfern.

Dort erklärten die mittleren und größeren Bauern, die Land an

Kleinbauern und Arbeiter verpachtet haben, sie würden dieses Pachtland kündigen, wenn die Pächter sich nicht am Volksentscheid beteiligen. Außerdem drohten die Bauern den Arbeitern an, sie würden ihnen ihre Landparzelle nicht mehr ackern, falls sie den Volksentscheid nicht mitmachen wollten.

Mit Ausnahme der Demokraten und der Volkspartei, die je einen Abgeordneten im Landtag haben, führten sämtliche bürgerlichen Parteien unter Führung der Nazis beim Volksentscheid den Kampf gegen die Sozialdemokratie. Um so höher ist das Ergebnis des Volksentscheids zu werten, der, um Erfolg zu haben, 54 000 Stimmen (die Hälfte der Wahlberechtigten) hätte aufbringen müssen. Wenn die sieben Parteien der bürgerlichen Rechten nur 34 000 Stimmen zusammenbrachten, so darf dabei nicht unerwähnt bleiben, daß die Nationalsozialisten am 14. September allein 20 193, die Deutschnationalen 13 621 und das Landvolk 2891 Stimmen aufbrachten.

diese drei Rechtsparteien also zusammen allein schon 36 705 Stimmen zählen konnten.

Die Niederlage wird von der lippschen Rechtspresse so schwer empfunden, daß sie die Sprache verloren hat, und obwohl sie Sonntag nicht erscheint, darauf verzichtet, das sonst nach jeder Wahl bei ihr übliche Extrablatt herauszubringen.

Die Rechtsparteien hatten stets behauptet, das lippsche Landespräsidium habe keine Mehrheit mehr hinter sich. Da sich über zwei Drittel der lippschen Wähler gegen den Volksentscheid entschieden haben, muß das Ergebnis als ein starkes Vertrauensvotum für das linksgerichtete Landespräsidium und als eine außerordentlich schwere Niederlage der Nationalsozialisten und ihres übrigen reaktionären Anhangs betrachtet werden.

Spanien als Bundesstaat

Wirtschaftsrat kommt — Großgrundbesitz wird aufgeteilt

Paris, 28. April. (Eigenbericht.)

Der spanische Justizminister de los Rios hat dem „Deuore“ über die zukünftige republikanische Verfassung erklärt: Die jetzige provisorische Regierung sei eine Koalitionsregierung, deren Mitglieder nicht die gleichen Meinungen verträten. Der der Nationalversammlung zu unterbreitende Verfassungsentwurf werde daher wahrscheinlich Vorbehalte von Seiten einiger Minister enthalten, oder es werde vielleicht sogar ein Mehrheits- und ein Minderheitsentwurf ausgearbeitet werden. Nach seinen eigenen Plänen werde die spanische Republik den Charakter einer Bundesrepublik haben, die aus sechs verschiedenen Regionen bestehen soll: Katalanien, die Region von Valencia, Andalusien, die baskische Provinz, Galicien und Kastilien. Außer den Cortes, die auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählt werden, sei eine zweite Kammer, bestehend aus Vertretern des Wirtschaftslebens, vorgesehen. Sie solle den Charakter eines technischen Rates haben. Was die Beziehungen zwischen Staat und Kirche anbelangt, werde der Vor-

entwurf die völlige Freiheit des Staates, d. h. Trennung von Kirche und Staat bestätigen. Auf dem Verordnungswege solle bereits in den nächsten Tagen die Gewissensfreiheit verkündet werden. In bezug auf die Agrarreform denke er daran, die Landglüter aufzuteilen und durch den Staat oder die Gemeindeverwaltungen verpachten zu lassen. Der Pachtzins würde dem Staat zulleihen, während die Bewirtschaftungserträge in den Händen der Pächter bleiben sollen.

Die spanische Nationalflagge.

Madrid, 28. April.

Der Ministerrat genehmigte ein Dekret, durch das die Farben Rot-Gelb-Blau zu Farben der spanischen Nationalflagge erklärt werden.

Ein anderes Dekret ordnet die Bildung eines Gerichts für Arbeitsfragen im Obersten Gerichtshof an.

KPD. noch immer krank.

Sie leidet an „sozialdemokratischen Ueberbleibseln“.

Tagtäglich erzählt die kommunistische Presse ihren Lesern, wie krank und wie schwach die Sozialdemokratische Partei, wie stark und gesund dagegen die KPD. sei. Jetzt aber ist die „rote Fahne“ genötigt, einen Artikel der „Pravda“ abzubringen, nach dem die Sache wieder ganz anders aussieht. Da heißt es nämlich:

Man kann mit Befriedigung feststellen, daß unsere kommunistischen Parteien in den letzten Jahren bedeutend gewachsen und erstarkt sind, daß sie sich auf der leninistischen Kampflinie ideologisch konsolidiert und eine große Arbeit zur Säuberung ihrer Reihen von den opportunistischen Elementen, die die Agenten der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie sind, geleistet haben. Es genügt, daran zu erinnern, daß vor etwa drei Jahren die rechten und die verfallenerischen Elemente die Führung der Komintern und einer Reihe von Sektionen an sich zu reißen suchten (Deutschland, Tschechoslowakei, Vereinigte Staaten). Jetzt ist der rechte Opportunismus — die innere Hauptgefahr für die kommunistischen Parteien — nicht nur in der KPD, sondern auch in den übrigen Sektionen der Komintern zerfallen.

Bei welchem noch nicht überwunden sind jedoch die sozialdemokratischen Ueberbleibsel.

der Opportunismus in der Praxis, der sich mit dem Lippenbekenntnis für die Komintern deckt, und das ihm beifällige „linke“ Sektierertum. Unsere Parteien bleiben immer noch hinter den Aufgaben des revolutionären Aufstieges zurück. Sie nähern die objektiven Voraussetzungen der revolutionären Krise noch nicht vollständig aus. Die Liquidierung dieses Zurückbleibens ist die wichtigste Aufgabe des Tages.

Sonst liest man in der „Fahne“ soviel von Uebertritten sozialdemokratischer Arbeiter zur KPD., daß man sich wundert, woher sie überhaupt noch kommen, denn eigentlich müßten sie alle schon drüben sein. Jetzt aber erfährt man auf einmal, daß die KPD. noch immer an „sozialdemokratischen Ueberbleibseln“ leidet. Die sozialdemokratischen Auffassungen müssen danach noch eine ganz erstaunliche Lebensfähigkeit besitzen, wenn sie sich sogar innerhalb der KPD. behaupten und durch eine dreizehnjährige „Reinigungsarbeit“ nicht zu beseitigen waren.

Bredt als Vize-Drewitz.

Tragikomischer Ausklang eines Parteitag.

In Hannover ist gestern ein Parteitag der Wirtschaftspartei zu Ende gegangen, auf dem die Trümmer der Drewitz-Colloster-Krise zusammengeweicht wurden. Drewitz wurde gegen eine ziemlich starke Minderheit wieder zum Vorsitzenden gewählt. Danach gab der Führer der sächsischen Wahlkreise, Abgeordneter Kaiser, eine Erklärung ab, in der er Drewitz bat, solange von der Ausübung des Vorsitzes Abstand zu nehmen, bis die gerichtliche Klärung der erhobenen Vorwürfe erfolgt sei. Namens der Wahlkreise, die für Drewitz gestimmt hatten, gab ein Vertreter eine Gegenerklärung ab,

in der Drewitz auf das dringendste ersucht wurde, den Vorsitz sofort anzutreten. Drewitz kam dieser Aufforderung nach.

Die zur Opposition gehörenden Wahlkreise zogen sich darauf zu einer Beratung zurück, während der Parteitag seine sächlichen Arbeiten fortsetzte. Später wurde eine Mitteilung der Opposition bekanntgegeben, wonach diese erklärte, nicht mehr zum Parteitag zurückzukehren, daß ihr Ausbleiben aber unter keinen Umständen als Opposition gegen Parteitag, Parteivorstand oder überhaupt gegen die Partei aufzufassen sei. Sie werde vielmehr an der Parteiarbeit teilnehmen, ebenso auch an den etwaigen Veranstaltungen der Partei.

Nach dieser kleinen Komödie wurde der Abg. Prof. Bredt, Minister a. D., neben dem Abg. François wieder zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

„Gehr geehrte gnädige Frau!“

Ein Briefwechsel über Christentum und Politik.

Die deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Paula Müller-Diefried wandte sich kürzlich in einem offenen Brief gegen eine Erklärung des preussischen Zentrumsführers Dr. Heß, daß im deutschnationalen Lager „christliche Politik keine Heimstätte mehr habe“ und forderte ihn auf, diese Behauptung zurückzunehmen. Darauf hat nun Dr. Heß folgendes geantwortet:

„Den von Ihnen angeführten Satz habe ich gesprochen. Wenn Sie, sehr geehrte gnädige Frau, daraus die Schlussfolgerung ziehen, ich hätte damit „den Mitgliedern der Deutschnationalen Volkspartei die wirklich christliche Gesinnung“ abspreschen wollen, so ist das eine ganz offensichtlich unrichtige Auslegung meiner Worte. Zu einer derartigen Behauptung kann mich nicht einmal die Art und Weise veranlassen, mit der die Deutschnationale Volkspartei den Kampf gegen das Zentrum führt. Seit Jahr und Tag wird uns von der D.N.V. „Verrot am Christentum“ nachgerufen. Es ist uns bisher nicht gelungen, der D.N.V. Verständnis dafür beizubringen, daß man selbst in einer Zeit härtesten politischen Kampfes auf derart ungeschwätliche Vermisshandlungen und Herabsetzungen des politischen Gegners verzichten könne. Wir haben dabei auch gelegentlich an das politische Ehrgefühl und das christliche Gewissen der D.N.V. appelliert. Es hat uns leider nichts genützt. Vielleicht haben Sie, sehr geehrte gnädige Frau, Gelegenheit, dafür zu sorgen, daß die D.N.V. in Zukunft auf diese Art von Waffenföhrung verzichtet.“

Eine Einigung der beiden Teile darüber, was nun das richtige Christentum in der Politik sei, scheint nach Lage der Dinge gänzlich ausgeschlossen.

Schülervorstellungen im Planetarium. Versuchsweise sollen von Anfang Mai ab die neuen Kombinationsveranstaltungen im Planetarium (zwischen Himmel und — Afrika) den älteren Schülern und Schülerinnen zugänglich gemacht werden. Zugleich wird der Versuch unternommen, durch Schülerarbeiten aller Art festzustellen (Niederchriften, Aufsätze, Zeichnungen), wie tief der Eindruck der Veranstaltung gewesen ist. Außerdem sollen dabei Unterlagen für den methodischen Aufbau solcher Veranstaltungen gewonnen werden.

Gegen die Hochschulreaktion.

Eine Kundgebung aus der Professorenenschaft.

Im überfüllten Saal des Langenbed-Bischow-Hauses fand gestern ein Sonderabend der Deutschen Liga für Menschenrechte unter dem Titel „Die Hochschulreaktion“ statt.

Der Vorsitzende, Oberstudienrat Kameron, wies darauf hin, daß die Hochschulreaktion zum großen Teil aus der Abneigung der feudalen Kreise des Bürgertums gegen die aufsteigende Schicht des Proletariats zu erklären ist. Aus Ueberlieferungen heraus vermögen sich diese Kreise nicht zu lösen zu der Erkenntnis, daß die Probleme der Zeit nur an der Seite des schaffenden Volkes zu bewältigen sind. Prof. Martin Hohmann behandelte vor allem die Fälle Baumgarten-Kiel und Gumbel-Heidelberg. Der bürgerliche Professor der Theologie Baumgarten wäre vor dem Gotteshaus, weil er Republikaner ist, den übelsten Anpöbelereien durch die nationalsozialistischen Studenten ausgesetzt gewesen, und Prof. Gumbel sei von jungen Studenten in der übelsten unakademischen Weise in seiner Lehrtätigkeit behindert worden. Das habe man mit Beschimpfungen der badischen Staatsregierung verbunden, man habe den badischen Kultusminister, den Sozialdemokraten Kemmele, dadurch besonders verächtlich zu machen geglaubt, daß man das Lied sang: „Das Wandern ist des Müllers Lust.“ Kemmele, ein früherer Arbeiter, ist nämlich wie Reichstagspräsident Loh und andere proletarische Staatsmänner, die Deutschland vor dem Chaos bewahrt haben, als Handwerksbursche gewandert. Das werfen ihm „Akademiker“ vor. (Lebhafte Entrüstung.) Der Vertreter der Jugend, Referendar Kurt Berlowitz, betonte, daß bei dem gegenwärtigen Zustand der Dinge nur die Auswüchse der Reaktion zu beseitigen seien, ein wirklicher Wandel aber nur durch eine Veränderung der Gesellschaftsordnung herbeigeführt werden könne. Er rief der Versammlung zu: Stützen Sie die republikanische und sozialistische Studentebewegung! Geheimrat Hoppe behandelte den Protest von 50 Hochschullehrern gegen das Verhalten des Hochschulverbandes bei seinem Schreiben an die sogenannte Deutsche Studentenschaft im Falle Gumbel. Dieses Schreiben „stolle eine Ermütigung zu weiteren Ausschreitungen gegen die Lehrfreiheit und zu eventuellen weiteren Unruhen dar“.

Prof. Arthur Rosenberg nannte die völkischen Studenten die „Banduren und Kroaten der großkapitalistischen, antisozialistischen, antirepublikanischen Volksgruppen“. Wir Republikaner müssen uns nicht als Antisozialverwalter, sondern als Eigentümer Deutschlands betrachten. Wissenschaft und Proletariat müssen zusammenschließen. Prof. Albert Einstein mahnte, die intrinisierten Bücher Gumbels zu lesen, er habe aus ihnen gelernt. Prof. Gumbel nannte den Kampf gegen ihn einen Kampf des Faschismus gegen die Republik.

Gerüchte um Schiele.

Der Druck auf die Erhöhung des Butterzolls.

Die Meldung einzelner Berliner Blätter, daß die Landwirtschafter des Reichs ernährungsminister aufgefördert hätten, zurückzutreten, wenn der erhöhte Butterzoll nicht effektiv würde, entspricht, wie amtlich mitgeteilt wird, nicht den Tatsachen. Es habe zwischen dem Reichs ernährungsminister und der betreffenden Organisations in der Angelegenheit weder eine direkte noch eine indirekte Fühlungnahme stattgefunden.

Hugenbergs „Lokal-Anzeiger“ bemerkt zu diesem Dementi, es sei deshalb merkwürdig, weil die umlaufenden und von sehr ernstesten Kreisen für durchaus glaubwürdig gehaltenen Gerüchte nichts von einer Fühlungnahme Schiele's mit dem Reichslandbund, wohl aber von einer solchen mit der Grünen Front wissen wollten. Es heiße glaubhaft, Schiele hätte zunächst die Erhöhung des Butterzolls auf 100 M. ins Auge gefaßt, aber bereits 20 M. nachgelassen und sich mit 80 M. begnügen wollen. Was Herr Schiele der Grünen Front im einzelnen auseinandergesetzt habe, lasse sich nicht feststellen, da deren Besprechungen unter Schweigegelot standen. In rechtsstehenden landwirtschaftlichen Kreisen rechnet man damit, daß sich Schiele schließlich auch mit der Erhöhung des Butterzolls von 50 auf 60 M. begnügen werde.

„Schatten der Unterwelt.“

Ufa-Palast am Zoo.

Mit dem Inhalt dieses Harry-Piel-Films kann man sich auf keinen Fall einverstanden erklären, obwohl man ihn wegen seiner schönen Landschaftsbilder unbedingt loben muß. Der Manuskript-Schreiber Henri Galea hat sich die Sache gar zu leicht gemacht. Bei ihm ist die Polizei aller Länder einfach vertrottelt, während die Verbrecher von Intelligenz strotzen. Sie sind die wirklichen Helden des Tages. Alle aber überträgt der tugendhafte, hieb- und stichfeste Harry Piel, der nur den kleinen Finger zu rühren braucht, um einen Gegner zur Strecke zu bringen.

Bei seiner Regie versteht sich Harry Piel wie immer auf Spannung; doch ist er als Regisseur diesmal zu kritisch in den Prügelhelden Harry Piel verleiht. Man kann selbst eine sogenannte Räuberpestle geschmackvoller und mit Rücksicht auf den Nachahmungstrieb der Menschheit ungefährlicher gestalten, das beweisen ausgerechnet einige Harry-Piel-Filme.

Vormerz lief der beachtenswerte Film „Stambul“, den Curt Courant aufnahm. Er sieht diese Stadt der tausend Gegenstände gewollt märchenhaft. Er läßt die wunderbare Architektur auf die Zuschauer wirken; so die Moschee Sultan Achmeds, deren Minarette den Himmel stürmen. Aber die Hagia Sofia, die dem Zuschauer erst eine Vergleichsmöglichkeit erschließt, bleibt uns vorbehalten. Man sieht Dalma Bagdiche, die Salata Bräde, die süßen Wasser von Asten und Ebus; diese eigenartigen, schönen, bemerkenswerten unordentlichen Friedhöfe, wo man keinen sich neigenden Grabstein sieht, — weil Allah ihn vielleicht umfallen lassen will. Bei der Fahrt auf dem Bosphorus bringt Courant in seinen Bildern nicht die natürliche landschaftliche, sondern eine erkünstelte photographische Schönheit zum Ausdruck.

Prof. M. E. Brindmann-Klein hat den an ihn ergangenen Ruf, als Nachfolger von Geheimrat Goldschmidt den kunsthistorischen Lehrstuhl an der Berliner Universität einzunehmen, angenommen.

In der Städtischen Oper wird zur Zeit die Operette „Das Spinnrad“ von Johann Strauß in der neuen letzten Fassung von Rudolf Deszerreiter und Julius Wilhelm vorbereitet.

Im Monistenbund spricht Mittwoch 8 Uhr Prof. Dr. G. Boege aus Jena über „Der Vegetarismus, die neue biologische Psychologie“, Werner-Siemens-Realschule, Gabelsbergerstr. 47/48.

Bühnenchronik: Arthur Maria Rabenalt inszeniert an der Volksbühne Friedrich Schiller „Lumpaciwigagadulla“. Die Bühnenbilder entwirft Edward Saha.

Photomontage

Ausstellung im Kunstgewerbemuseum neu eröffnet

Aus zwei Quellen ist die Photomontage entsprungen: aus dem künstlerischen Formenspiel der Kubisten, deren Kleebsystem die Dadaisten aufnahmen und zur letzten Konsequenz führten, und aus dem Drang geschäftlicher und politischer Propaganda, die solche Anregungen aufnahmen und ihren Zwecken dienlich machten. Man hat daher nach wie vor zwischen der „freien“ und der „angewandten“ Photomontage zu unterscheiden, wobei allerdings die letzte weitläufiger überwiegt. Denn die Verwendung dokumentarischer Aufnahmen für Propagandazwecke, also für Plakate, Buch- und Katalogumschläge, Kellamedruckfaden und jede Art von illustrativer Beweisführung, hat sich als sachlich und künstlerisch überzeugendste Art der Gebrauchsgraphik erwiesen. Sie hat die zeichnerische Darstellung wesentlich eingeschränkt; sie konnte dies um so mehr, als die Verbindung von Ausschnitten aus Photographien mit Lettern und Text aller Art, mit farbigen Flächen und mit Zeichnung einen unübersehbaren, ja unerlöschlich scheinenden Reichtum an Kombinationsmöglichkeiten ergab.

Von diesen erhält man in der heute eröffneten Ausstellung „Photomontage“ im Bichtof des alten Kunstgewerbemuseums (Prinz-Albrecht-Straße, täglich von 10 bis 3 Uhr, Eintritt frei) einen denkbar vollkommenen Eindruck. Die Eigentümlichkeit der Entstehung und Ausbreitung dieser Gebrauchskunst bedingt die Beschränkung auf wenige Länder — außer Deutschland eigentlich nur Holland und die Sowjetrepubliken — und die einschneidende Dreiteilung: freie

(aus Künstlerphantasie geborene), Kellame- und Buchmontage, und politische Propaganda; diese ebenso bezeichnenderweise ausschließlich von Linksradikalen und von den Russen kultiviert.

Bon selbst versteht sich, daß in dieser unter der umsichtigen Leitung des Direktors der Kunstbibliothek, Prof. Glaser, stehenden Veranstaltung nur technisch und künstlerisch vollwertige Leistungen ausgestellt und die inhaltlichen Gesichtspunkte dabei ausgeschaltet sind. Man wird von den Vorstufen graphischer und später auch photographischer Art im 18. und 19. Jahrhundert, die verblüffende Analogien zur neuesten Entwicklung bieten, zu den Inkunabeln der Dadaisten (Bader, A. Hausmann) geführt und dann gleich zu einem Höhepunkt der freien Photomontage, zu den ungemein geistvollen und anmutigen Kunstwerken von Hanna Höch, denen sich Hirschel-Protsch anschließt. Diese Dinge sind unbeschreiblich im wörtlichen Sinne, ihr Wirkn muß mit verständnisvollen Augen genossen werden. Die Kunst der Gebrauchsgraphik ist in gewissem Sinne international; Ungarn wie Moholy-Nagy, Holländer wie Schuytma und Domela-Nieuwenhuis, Tschechen wie Teige haben teil daran, aber ihr Geltungsbereich ist fast auf Deutschland beschränkt, wo wir als stärkste Köpfer Heartfield, der die Rolle eines Pioniers spielte, nennen, Errell, Peistrom, Herbert Bayer, Tschichold, Hellig, Kranz und vom „Bund revolutionärer bildender Künstler Deutschlands“ vor allen Bez, Eggert, Gü und Bemas. p. l. sch.

Von Stromschiene getötet.

Drei tödliche Unfälle. — Halsschlagader zerrissen.

Auf dem Betriebsbahnhof Kummelsburg ereignete sich in der vergangenen Nacht ein entsetzlicher Unglücksfall.

Der auf den Bahnanlagen mit Zimmerarbeiten beschäftigte 24jährige Ernst Liebig aus der Schillerpromenade 24 in Reutlingen wollte gegen Mitternacht die Gleise überschreiten. Dabei wurde er von einem in Richtung Karlsruh fahrenden Stadtbahnzug erfasst und etwa 15 bis 20 Meter mitgeschleift. Der Unglückliche wurde dann gegen die Stützstromschiene geschleudert und auf der Stelle getötet. Die Leiche ist beschlagnahmt worden.

In der Berliner Straße in Lichterfelde kam gegen 1,15 Uhr nachts der 30jährige Postkraftwagenführer Willi Schmidt aus Stahnsdorf mit seinem Motorrad zu Fall. Sch. stürzte so unglücklich, daß er einen doppelten Schädelbruch erlitt. Er starb auf dem Transport ins Krankenhaus. Der dritte tödliche Unfall trug sich heute vormittag vor dem Gebäude des Amtsgerichts Reutlingen in der Berliner Straße zu. Dort geriet ein noch unbekannter Radfahrer unter die Räder eines Traktors. Dem Verunglückten wurde die Halsschlagader zerrissen, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Razzia beim „Immerfrei“-Bergnügen

Das alljährlich stattfindende Bergnügen des zu einer traurigen Berühmtheit gelangten Ringvereins „Immerfrei“, das gestern im Saalbau Friedrichshain vor sich ging, fand gegen 23 Uhr eine jähe Unterbrechung. Die Polizei holte unter den Gästen eine Reihe „guter Bekannter“ vorzufinden und hatte eine größere Razzia angelegt. Kriminalbeamte und ein starkes Aufgebot Schutzpolizei nahm die Sichtung der Anwesenden vor. Die Aktion verlief ohne Störung, leider hat sie der Polizei nicht den erwarteten Erfolg gebracht. Es scheint, daß die geplante Razzia den Ringvereinsleuten wieder einmal signalisiert worden ist. 30 Personen wurden ins Polizeipräsidium gebracht. Bis auf einen Schwerverbrecher konnten die übrigen noch im Laufe der Nacht wieder entlassen werden.

Selbstmordversuch eines Rechtsanwaltes.

Vor dem Grundstück Große Seestraße 50 in Wannsee schoß sich in der letzten Nacht der 27jährige Rechtsanwalt Paul G. eine Kugel in die Schläfe. Der Lebensmüde wurde von Passanten in einer Bultsche bewußlos aufgefunden. G. wurde in das Hindenburgkrankenhaus gebracht, wo er hoffnungslos daniederliegt. Der junge Rechtsanwalt war erst kürzlich nach Berlin gekommen, um sich hier eine Existenz zu gründen. Die Gründe zu dem Verzwelfungsschritt sind noch unbekannt.

Die Kroll-Oper-Untersuchung

Fortsetzung der Zeugenaussagen

In der gestrigen Sitzung des Kroll-Volksbühnen-Untersuchungsausschusses des Landtages, die sich bis in die späten Abendstunden hinzog, brachte die Vernehmung des Ministerialdirektors Hübner aus dem Kultusministerium noch einmal die ausdrückliche Bestätigung, daß der Vertragsabschluß mit der Volksbühne 1923 von allen dabei mitwirkenden Ministerialbeamten als Äquivalent für die Ueberlassung der Kroll-Oper an den Staat und als Abgeltung für die darin investierten Gelder angesehen wurde. Ebenso steht man den jetzt vorliegenden Abfertigungsentwurf als durchaus günstig an. In demselben Sinne äußerte sich auch Ministerialrat du Resnil. Dagegen hat der ebenfalls vernommene Ministerialrat Professor Reissenberg mit der unmittelbaren Bearbeitung dieser ganzen Angelegenheit im Ministerium nichts zu tun gehabt, er hat im Gegenteil schon mit Rücksicht auf seine Funktionen in der Volksbühne zu allen diesen Fragen größte Zurückhaltung geübt.

Der volksparteiliche Abgeordnete und frühere Kultusminister Dr. Boelich hat den Vertrag 1923 unterzeichnet, kann aber einzelne Paragraphen nicht authentisch interpretieren. Persönlich sei er aber heute der Auffassung, daß die Wendung „Einstellung der Staatstheater“ sich nur auf die Kroll-Oper beziehen könne. Damals habe er jedoch darüber hinweggesehen und auch keine Veranlassung gehabt, diese seine persönliche Meinung zum Ausdruck zu bringen, denn aus dem Ministerium heraus sei die Sache nicht als Streitfall an ihn herangebracht worden. Dann zitiert er zur großen Ueberzeugung aus dem Stenogramm des Ausschusses von 1923 eine Äußerung des Abg. Koch (Dnat.), in der dieser den erfolgten Vertragsabschluß damit nachträglich rechtfertigte, daß die Regierung habe schnell handeln müssen.

Hierauf äußerte sich noch Generalsekretär Tietjen über die Berufung Kemperers und die Finanzgebarung der Staatsopten. Dabei wurde unter andern festgestellt, daß die Lindenoper pro Platz einen weit höheren Staatszuschuß erfordert als die Kroll-Oper.

Es steht noch nicht fest, wann der Zuschuß wieder zusammentritt, da heute das Plenum wieder beginnt.

Zum neuen „klassischen“ Tanzstil.

Rary Wigman tanzte seit ihrer Amerikatournee zum erstenmal. Und es erscholl der Klageruf: sie ist nicht mehr die, die sie war. Sie steht technisch nicht mehr auf der ehemaligen Höhe. Natürlich nicht. Der Körper einer Fünfundvierzigjährigen gibt tänzerisch nicht mehr das her, was er vor zehn Jahren vermochte. Aber es gibt tänzerische Qualitäten, die an sich wertvoller sind als die rein technischen. Das sind die seelischen, die mit den Jahren reifen. Die zur Vertiefung und Verinnerlichung des künstlerischen Schaffens führen und letzten Endes auch die Technik beeinflussen. Wer Augen hat zu sehen, der konnte diese Wandlung bei der Wigman beobachten. Die Tänze, die sie jetzt im Berliner Theater zeigte, waren uns allen bekannt, zum Teil seit Jahren bekannt. Und doch erschienen sie neu im Geiste und neu in der Form. Reifer und weiser in der Auffassung der Stoffe. Klarer und einfacher in der

technischen Gestaltung. Die komplizierten akrobatischen Details ausgemerzt. Jeder Ausdruck auf die einfachste Form gebracht. Die alternde Virtuosa sucht durch gequälte äußere Beavour zu blenden. Die große Künstlerin geht in die Tiefe und findet den Weg zu einem neuen „klassischen“ Stil.

Einige Tage vor ihrem Auftreten hatte die Wigman zu einem Presseempfang ins Hotel Eden geladen. Sie erzählte von ihrer Amerikatournee. Gestand, wie schwer es ihr anfangs geworden, vor diesem ihrer Kunst fremden Publikum zu erscheinen. Wie aber der verständnisvolle warme Empfang ihre Bedenken rasch verschweute und ihr bewies, daß namentlich die amerikanische Jugend der europäischen im tiefsten Sinne weisensverwandt sei. Die Vorbeeren, die man ihr drüben überreichlich spendete, sah sie nicht als persönliche Auszeichnung an, sondern als Ehrungen, die der Vertreterin eines neuen Kunststils erwiesen wurden. Des Tanzstils, der in Deutschland geschaffen wurde, und nun auch im fremden Erdreich lebendig Wurzel zu schlagen beginnt. J. S.

Haarschwund als Wirtschaftsbarmeter. „Alles, was die Kerzen angreift, und die allgemeine Anspannung erhöht, spiegelt sich in dem Zustande des Haares wider. Seit Jahren haben wir an unseren Kunden die schlechte Wirtschaftslage genau beobachtet können.“ Diese Erklärung eines führenden Londoner Friseurs läßt es begreiflich erscheinen, daß man im Haarschwund und im Ergrauen des Haares einen neuen Wirtschaftsbarmeter entdeckt zu haben glaubt. Die Zunahme der Klagen ist danach ein klarer Beweis für die schwierigen Bedingungen, unter denen wir leben. Während früher das Durchschnittsalter für das Auftreten einer Glatze in England mit 60 Jahren angegeben wurde, stellt sich diese Erscheinung heute schon durchschnittlich mit 48 Jahren beim Manne ein. Vor zwanzig Jahren waren nur etwa 10 Proz. der Friseurkunden grauhaarig; jetzt sind es nach den Beobachtungen, die man in einer großen Anzahl von Geschäften in „guten“ Gegenden gemacht hat, wenigstens 20 Proz.

Das Robinson Crusoe-Haus, das in der Böttcherstraße in Bremen als Geburtshaus der Bremer Kaufleute Kreuzer bezeichnet ist, wird aus Anlaß des 200. Todestages von Daniel Defoe, der die Geschichte des Robinson Crusoe geschrieben hat, eine gekürzte Holztafel mit der Darstellung Robinsons angebracht werden. Die englische Krausgabe läßt nämlich erkennen, daß Defoe in dem Spröbling aus dem Bremer Kaufmannsgeschlecht der Kreuzer das Vorbild zu seinem Robinson Crusoe erblickt hat.

Ein toter Dichter kommt nach Hause. Die Gebeine von Bascò Ibancò, bisher in Mentone an der französischen Riviera, wo der Dichter seine letzten Lebensjahre in der Verbannung zugebracht hatte, begraben, werden in nächster Zeit nach Spanien verbracht und unter großen Feierlichkeiten in Valencia beigelegt werden.

Beizkonzert Berlin. Der Bezirk 7 im Gau Berlin und Umgebung des DMS. gibt aus Anlaß der 40jährigen Bestehens des Bures Sonntagnormittag, 11.30 Uhr, im Titania-Palast, Stealsh. Friedrich, 5, ein Konzert unter Leitung des Chormeisters Willi Friedrich. Das sehr reichhaltige Programm wird von Männer- und gemischten Chören bestritten.

Walter Binder: Jumo 4

Der Luftverkehr ist, von vereinzelten Ausnahmen in unzugänglichen Gebieten abgesehen, auch heute noch auf der ganzen Welt nur durch sehr erhebliche Zuschüsse der öffentlichen Hand möglich. Diese Zuschüsse sind fast durchgängig weit höher als die Einnahmen der Luftverkehrsellschaften und müssen meist mehr als drei Viertel der entstehenden Gesamtkosten decken.

Obwohl die Luftverkehrsinstitutionen besonders in Deutschland unter dem Einfluß einer wachsenden Kritik allmählich gelernt haben, ihren komplizierteren Apparat zu rationalisieren, so hat sich doch das ungünstige Verhältnis von Einnahmen zu zwangsläufigen Ausgaben nicht entscheidend zu ändern vermocht. Das ist auch mit dem bisher zur Verfügung stehenden Fluggerät nicht möglich, ja es ist überhaupt unmöglich, so lange der Luftverkehr sich auf so kleinem Raume bewegt wie das heute noch in überwiegendem Maße der Fall ist.

Was wir heute als Großstreckenverkehr bezeichnen — also etwa die Verbindungen von Berlin nach Moskau, London, Paris, Rom usw., das sind vom Gesichtspunkt eines wirklichen Weltluftverkehrs nur kleine Etappen. Jedem Kenner der Verhältnisse ist es klar, daß Luftverkehr nur als ein Verkehr zwischen Kontinenten eine Zukunft hat und daß er auch nur auf Strecken über mehrere tausend Kilometer Aussicht auf Eigenwirtschaftlichkeit im Schnellpost- und Frachtverkehr bietet. Das stärkste Hindernis für diese Entwicklung ist bis heute die mangelhafte Antriebsquelle, nämlich unser traditioneller Benzinmotor, gewesen. Sein riesenhafter Verbrauch an teurem Brennstoff (Der X verbraucht zum Beispiel etwa 1800 Liter Benzin pro Flugstunde!), die Kompliziertheit seines Explosionsmechanismus mit zahlreichen Störquellen, die auch sorgsamste Behandlung im Dauerbetrieb nicht restlos zu beseitigen vermag, nicht zu vergessen die mit Benzinbenutzung stets verbundene Feuergefahr — dies und manches andere sind Momente, die den heute gebräuchlichen Flugzeugmotor als ein Uebergangsinstrument kennzeichnen, das für den kommenden transozeanischen Weltverkehr als untauglich abgelehnt werden muß.

Damit ist gesagt, daß die Zukunft der zivilen Luftfahrt untrennbar mit der Findung einer zuverlässigeren und wirtschaftlicheren Antriebsquelle verbunden ist. Da nach dem derzeitigen Stande der Technik die Elektrizität als Triebkraft für Flugzeuge ausscheidet, so wendet die technische Forschung ihre Aufmerksamkeit dem Schweröl zu. Bereits seit Jahrzehnten wird in der ganzen Welt um die Schöpfung eines brauchbaren Schwerölflugmotors gerungen, also eines Antriebes, wie er sich in den Dieselmotoren der modernen Schifffahrt aufs beste bewährt hat.

Als am 22. April 1931 Professor Junkers vor einem zahlreichen Zuhörerkreis von Vertretern der Behörden, der Fachwelt und der Presse seine Ausführungen über seinen „Jumo 4“ machte, da war den anwesenden Kennern der Flugtechnik bewußt, daß sie einen historisch bedeutsamen Augenblick erlebten. Mag dieser neue deutsche Schwermotor in länger dauernder Erprobung noch manche Kinderkrankheiten zu überwinden haben: die Tatsache, daß wir nach jahrzehntelangem Forschen und Proben einen praktisch brauchbaren Rohölflugmotor in den regelmäßigen Verkehrsdiens eingesetzt haben, bleibt ein Meilenstein in der Geschichte der Flugtechnik und von weit größerer Bedeutung als alle bisherigen mit so großem Rummel gefeierten Ozeanachtern.

Das Umdringende des neuen Motors besteht vor allem zweifellos darin, daß wir durch ihn zum erstenmal vom Benzin als Antriebsmittel loskommen. Damit ist eine der größten Gefahrenquellen am Flugzeug beseitigt; denn Schweröl ist weit weniger leicht entflammbar als Benzin. Hand in Hand damit geht eine wesentliche Vereinfachung, da mit dem Fortfall der Ventile, der Magnete und Zündkerzen eine ganze Reihe von heute noch sehr häufigen Störungsurtsachen beseitigt sind.

Eine der für die Praxis des Weltluftverkehrs wichtigsten Eigenschaften des „Jumo 4“ ist der wesentlich verringerte

Brennstoffverbrauch. Die Brennstoffkosten werden dadurch um nicht wenige: als 65 Proz. verringert und — was noch weit wichtiger ist —, es tritt auch infolge der wesentlich verringerten Brennstoffgewichtsumnahme eine bedeutende Erhöhung der Flugzeugreichweite für Langstrecken ein.

Die Flugstrecke wird um fast die Hälfte der bisherigen Reichweite verlängert! Damit ist das so heiß umstrittene Transozeanproblem seiner Verwirklichung zweifellos ein großes Stück nähergerückt. Es wird wohl nicht lange dauern, und wir werden das erste Schwerölflugzeug über den Ozean fliegen sehen. Der Motor hat seinen ersten Versuchflug bereits am 3. Februar 1929 gemacht und ist seither in zahlreichen Probefläufen und Versuchsflygen erprobt und verbessert worden, so daß er heute mit

gutem Recht in den Verkehr (zunächst auf Frachtstrecken) eingesetzt werden kann. Junkers berichtet, daß der Motor auch in 7000 Meter Höhe bei einer Lufttemperatur von 35 Grad Kälte vollkommen störungsfrei gearbeitet habe!

Nichts illustriert den Fortschritt vom großen Schiffdieselmotor zum „Jumo“ besser als die Gewichtszahlen. Hatte man vor 15 Jahren bei der Schiffsmaschine mit mehr als 40 Kilogramm Gewicht pro Pferdekraft zu rechnen so haben wir beim „Jumo 4“ wenig mehr als 1 Kilogramm Gewicht pro Pferdestärke bei dreifachen Umdrehungszahlen!

Diese wenigen Zahlen deuten auch dem Laien an, was dies neue Werk deutschen Könnens für die künftige Flugtechnik bedeutet. Hält der „Jumo 4“ auch im Dauerbetrieb, was er verspricht, so darf man wohl vor einem entscheidenden Wendepunkt in der Antriebstechnik des Luftfahrzeuges (sprechen, der weit über den Kreis der Techniker hinaus das Interesse der Öffentlichkeit verdient.

(Wir werden in der nächsten Nummer der „Technik“ die Konstruktion des „Jumo 4“ ausführlich behandeln.)

Gerda Weyl: Eine ganz gewöhnliche Nacht

An einer Straßenecke an einem östlichen Bahnhof ein transparent „Rettungsstelle“: ein Behandlungsraum, eine Zelle mit Matragen, zwei Zimmer für Arzt und Heilgehilfen. Erste Hilfe bei Unfällen. Hilfe in jedem Fall. Prinzipiell nicht unentgeltlich, in der Praxis meist ohne jede Bezahlung.

Der Arzt, der Heilgehilfen liegen angezogen auf Feldbetten, dösen, lesen, spielen Karten, sind beim Anschlag der immer offenen Tür, beim Anruf sofort bereit. Die Sanitätsnachricht beginnt um halb neun, machen wir sie mit, an irgendeinem ganz gewöhnlichen Tag, in irgendeiner ganz gewöhnlichen Nacht.

20.30: Eine Frau hat sich beim Scheuern einen langen Splinter quer durch den Daumen gerissen — ein Schnitt, Pinzette, Schreien, Jod — auf Wiedersehen!

21.00: Ein Junge hat mit der Handfläche auf die Spitze eines Kopierstiftes geschlagen, die so spitz war, daß eine Verletzung entstand. Alles ist lila, der Heilgehilfe feilt und badet die Hand, es war anscheinend ein besonders gutes Tintenblei. Es dauert eine Weile, bis die Gefahr beseitigt ist.

21.15: Eine Ahtzehnjährige kommt, klein, bloß, ängstlich. Klagt über Stuhlverstopfung. Mitten in der Nacht? Fragezeichen, sonderbare Zeichen in den Augen des Mädchens. Der Arzt will untersuchen — eine dilettantisch vorbereitete Fehgeburt beginnt. Es ist einer dieser Fälle, die der § 218 durch ebenso hülsbereite wie gewissenlose weise Frauen der Anatomie liefert, wenn nicht noch im letzten Augenblick ein Arzt hilft.

22.00: Ein Turner hat sich die Schulter verrenkt.

22.10: Ein Arzt telephoniert um Bettennachweis in einem Krankenhaus für einen fieberhaften Abort im zweiten Monat; die Krankenträger werden zum vierten Stock in einem zweiten Hof bestellt. Wieder § 218?

0.20: Der Arzt wird zu einem alten Mann geholt, stellt den Tod fest.

0.50: Ein Betrunkener hat sich mit seiner Freundin geschlagen, Hautabschürfungen, blaue Augen, blutige Rosen.

1.30: Das Ueberfallkommando bringt zwei Betrunkene, die sich toll verprügelt haben.

2.10: Der Arzt wird in ein kleines Stundenhotel gerufen: ein Schuß, in einem Zimmer ein Gast mit blutendem Schädel. Selbstmord eines kleinen Provinzreisenden wegen schlechter Geschäfte — der Schuß hat nur die Stirn gestreift. Mit einem Kopfverband kann der Vertreter weiter schlechte Geschäfte machen.

3.00: Ein Mädchen wird von einer Frau gebracht, erst seit vierzehn Tagen in Berlin, gibt hintereinander zwei verschiedene Namen, drei Adressen an, ein Abort im vierten Monat hat eben stattgefunden. Krankewagen. Die weiße Frau verschwindet, ruft ihrem blaffen Opfer, dem Opfer der Gesellschaft und des § 218 nach: „Nicht verurteilen!“

3.30 und 4.30: R. R. und I. I. wünschen Desinfektion nach Geschlechtsverkehr. Die nimmt der Heilgehilfe vor, Tage eine Mark fünfzig.

5.30: Eine Einundzwanzigjährige wird eingeliefert, sinnlos betrunken, so schlimm, daß erst die unter die Nase gehaltene Salmiakflasche etwas erquickert. In ihrer Tasche, in der man Name und Adresse sucht, findet man einen Termintalender. Genaue Buchführung über den zu den verschiedenen Tages- und Nachtzeiten absolvierten Verkehr, ein Alibi für alle Fälle, Namen oder Beschreibung jeden Partners und jeden Ortes der Handlung.

Zwischen fünf und zehn Uhr ist meist Ruhezeit. Da ereignet sich wenig oder gar nichts. Am frühen Vormittag gibt es Schulfälle, Hinfällen, Fremdkörper in den Augen, Schnittwunden. Später dann wird wirklich erste Hilfe bei Unfällen geleistet, Verletzungen bei der Arbeit, am Werkzeug, leichte und schwere Unfälle beim Kampf ums Leben, beim Kampf ums Brot. Tags merkt man in den Rettungswachen, daß der Hunger regiert und der Kampf mit ihm. Nachts, daß die Liebe die zweite Nacht ist, die zu Unfällen führt und erste Hilfe nötig macht.

Dr. Schmerz

Zu Doktor Schmerz, dem vom Staatsanwalt in Graz Angeklagten, sind die Leute mit kleinem Gehalt und großen Schulden hingepilgert, wie in Heines Gedicht die Frommen und Gläubigen aus aller Welt zur Gottesmutter in Kassel. In Trupps haben sie sich auf die Eisenbahn begeben, um zu Doktor Schmerz zu wallfahrten — aber sie haben ihm weder Wachsband noch Wachsberg noch sonstige symbolische Nachbildungen zum Opfer gebracht, um von ihrem Kummer geheilt zu werden, sondern nicht weniger und nicht mehr als — ihre Möglichkeiten zur Vaterschaft. Bei den Pilgern zu Doktor Schmerz handelte es sich nämlich ausnahmsweise nur um Männer, sie wollten ihren Frauen und sich selber das Leben erleichtern und sie waren der unzweifelhaft männlichen Meinung, daß Vorsicht die Mutter der Weisheit ist und daß mit ihr im Bunde manche Mutter schon der zweifelhaften Weisheit der weisen Frau und vielem Unglück, Stechtum vieler Krankheit und vielen Paragraphen entgangen wäre.

Sie alle hat Doktor Schmerz sterilisiert. Wenn dieser Entkeimungsprozess auch längst nicht einer Entwürdigung zu vergleichen ist, wie Aborlard sie, unfreiwilig, über sich ergehen lassen mußte, so mag dieser völlige Verzicht auf Vaterschaft für das ganze Leben — dennoch in manchem unter den Operierten ein Mißbehagen hervorgerufen haben. Immerhin ist es Vätern in doppelter Potenz weit angenehmer, für alle Zukunft Verzicht auf Nachkommenschaft zu leisten — der in diesem Fall also durchaus nicht Verzicht auf Ehegemeinschaft bedeutet —, als der Gefahr einer gesteigerten Familienausdehnung ins Auge zu sehen. Die Wissenschaft ist an die Stelle des Bunders getreten. Ebenso rasch als die Kunde von den Heiltaten der Gottesmutter damals, sprach sich jetzt die Botschaft von Doktor Schmerz' sozialem Eingriff unter den interessierten Leuten herum. Dieser Arzt hatte den Mut, die soziale Not, die das Neugeborene vorfinden würde, als nicht weniger entwicklungsdemmend anzusehen wie geistige Zurückgebliebenheit und körperliche Hinfälligkeit der Erzeuger. Auch er handelte mit ausgesprochen männlicher Ueberlegung, wenn er, in Voraussicht der Folgen von neuen Geburten in sozial belasteten Familien, eine Vorsicht in Form eines Eingriffs anwandte, die nicht nur unennbaren Jammer verhindern, sondern das elementarste Glück — das Glück der Geschlechtsgemeinschaft — wiederherstellen half, indem sie (die Vorsicht) die Furcht vor der Folge ein für allemal aus den Gedanken verbannte.

Wie es sich gehört, bekam dieser Helfer ein Gerichtsverfahren auf den Hals. Er hatte jedoch die Operationen mit einer Branour vollzogen, die selbst die Sachverständigen zu der Anerkennung veranlaßte, daß von einer Gesundheitsgefährlichkeit keine Rede sein konnte. Das Verfahren wurde eingestellt. Die Anklage hatte auf körperliche Schädigung gelautet.

Jedem Leser dieser kleinen Betrachtung steht es frei, zwischen dem Fall des Doktor Schmerz und dem § 218 eine Parallele zu ziehen.

Medikus: Kürten spricht . . .

Kürten spricht: „Meine Mutter kommt aus Calcum am Rhein. Wir wohnten zuerst in Mülheim, später sind wir herumgezogen wie die Zigeuner. Wir mußten immer wieder mit Rücksicht auf die Trunkenheit des Vaters und auf die häufigen Zwerrwürfnisse unsere Wohnungen verlassen. Vater prügelte die Mutter immer wieder. Als ich acht Jahre alt war, bin ich von Hause fortgelaufen, weil es wieder Prügel wegen des Schnapses gegeben hatte. Geschlafen habe ich damals in Müllwogen und Sägelpänen. Das Leben zu Hause war recht traurig. Wir waren zehn Kinder. Es gab häufig Rot, weil Vater immer wieder ins Gefängnis mußte. Die Töchter zeigten den Vater wegen Blutschande an. Wenn Vater zu Hause war, dann waren die Rot, die Schande und die Schmach noch größer.“

Vorsitzender: „Wir können ruhig darüber sprechen. Ihr Vater wurde damals wegen Blutschande zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus verurteilt.“

Der fürchterliche Massenmörder Kürten, dessen Verbrechen Psychiater und Psychologen vor geheimnisvolle Rätsel der menschlichen Seele gestellt hat, versucht selbst eine Erklärung für seine Untaten zu geben, indem er die schrecklichen Verhältnisse im Elternhause schildert. Wir können ohne weiteres annehmen, daß die soziale Lage neben den ererbten verbrecherischen Trieben (Vater Säufer und Sexualverbrecher) einen unheilvollen Einfluß auf die Entwicklung des Kindes ausgeübt hat. Und Kürten äußerte sich selbst an einer Stelle des Verhöres, es wäre besser gewesen, wenn er nicht geboren worden wäre.

Wenn er nicht geboren worden wäre: Nehmen wir an, seine Mutter hätte sich gegen den § 218 vergangen: Bei den entsetzlichen Verhältnissen zu Hause, bei einer Anzahl von 10 Kindern wäre dies begreiflich gewesen: Das Gesetz hätte sie erbarmungslos bestraft. Das Gesetz zwang sie, den künftigen Massenmörder zur Welt zu bringen. Seine Geburt kostete 9 Menschen das Leben. Wollt ihr ein schlagendes Argument gegen den § 218? Dunst an den Fall Kürten! Ohne Feind zu erkennen, muß man es offen ausprechen: Wie viel besser für die menschliche Gesellschaft und für

Kürten selbst wäre es gewesen, wenn Kürtens Mutter „Verbrecherin“ nach dem § 218 gewesen wäre! Ihm und seinen unglücklichen Opfern wäre fürchtbares Leid erspart geblieben. Jene Leute, die da behaupten, die Schwangerchaftsunterbrechung wäre immer und unter allen Umständen ein Wort an einem noch ungeborenen Menschen, der Arzt, der mithilfe, mache sich zum „Scharfrichter“ an einem lebenden Wesen, müssen hier leben: Gerade dadurch, daß ein Eingriff, der nach der Lage der Dinge verständig, ja notwendig gewesen wäre, unterblieb, wurde das Gespenst des Scharfrichters heraufbeschworen: Kürten war Scharfrichter an 9 Mitmenschen und er selbst wird möglicherweise durch den Scharfrichter sein Ende finden.

Am Beispiel Kürtens sieht man, wie notwendig die gesetzliche Freigabe der sozialen und eugenischen Indikation ist: Heute zwingt das Gesetz die Menschen, Verbrecher ins Leben zu lassen. „Ihr laßt den Armen schuldig werden.“ Kürten erbt die unsoziale, verbrecherische Veranlagung seines Vaters. Er wuchs unter den schändlichsten sozialen Verhältnissen auf, er war den Eltern eine Last. Er kannte nicht Liebe, er wurde nicht liebevoll erzogen, ungehemmt reisten sich seine verbrecherischen Triebe aus. Ein einsichtsloses Gesetz verlangt aber, daß auch solche, von den Eltern und der Natur ungewollte Kinder geboren werden. Hätte seine Mutter damals den Schritt getan, der zum Segen der Mitmenschen geworden wäre, dann wäre sie durch das Gesetz ins Gefängnis gebracht worden. Welt sie es aber nicht tat, mußte die Welt die Schreckensstaten eines abscheulichen Verbrechers erleben, mußten 9 Menschen ein entsetzliches Ende finden, muß der Scharfrichter an einem Erwachsenen, voll bewußten Menschen das nachholen, was die Mutter an einem unbewußten Teil ihres Körpers zu tun veräumte.

Jenes Gesetz, das angeblich in der ungeborenen Frucht den künftigen Menschen schonen will, das sogenannte „Morde“ zu verhindern vorgibt, ist die Veranlassung, daß Mörder geboren werden, daß Menschen ermordet werden, daß der Mörder selbst durch den Nachrichter gemordet wird. Dieser § 218 ist einer der Hauptschuldigen, daß immer wieder unsoziale Elemente auf die Menschheit losgelassen werden.

